von Forschungsergebnissen der Politikwissenschaftler, die gezielte Einwirkung auf die öffentliche Meinung und die Veröffentlichung von Ergebnissen der sogenannten Umfrageforschung. Institutionell nimmt diese Stufe der Beratung in der Stiftung „Wissenschaft und Politik“[18] oder auch in dem 1968 gegründeten „Zentrum Berlin für die Zukunftsforschung“ (ZBZ) Gestalt an, das namhafte Professoren, Ärzte, Architekten, Soziologen u. a. vereinigt. Bei der Begründung der Ziele dieses Zentrums sagte Koelle, als Professor ehemaliger Mitarbeiter in dem Von-Braun-Team in Huntsville (USA): „Die wissenschaftlich-technische Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat gezeigt, daß der Mensch heute Wirkungen ausüben kann, deren Folgen weit in die Zukunft hineinreichen. Die Erfolge der Wissenschaftler sind nicht mehr wie einst häufig Zufallsergebnisse, sondern Endresultate exakter Planung und angespannter Teamarbeit. Wir beim Zentrum für Zukunftsforschung stellen uns die Aufgabe, Orientierungs- und Entscheidungshilfe für bessere und schnellere Entscheidungen in Politik, Verwaltung, Forschung und Wirtschaft zu schaffen.“[19] Als erste größere Objekte wurden ein Vergleich des geistigen Potentials verschiedener Staaten („Brain-Power-Modell“) und die Entwicklung eines „sozialen Vorwarnsystems“ in Erwägung gezogen.

2. Eine höhere und verbindlichere Stufe der Politikberatung ist die Konsultation, die sich über Formen, wie ständige Beiräte,[20] Ad-hoc-Sachverständigenkommissionen und Sachverständigen-Gutachten vollzieht.

3. Die bisher höchste Stufe der „wissenschaftlichen Beratung“ der Politik verkörpern die Stabsabteilungen, d. h. die feste Einordnung von Wissenschaftlern in den Machtapparat der Monopole. Das geschieht sowohl in Form von Informations- bzw. Public-Relations-Abteilungen als auch von ressorteigenen Forschungseinrichtungen, z. B. in Gestalt des Zentralen Operations-Research-Instituts (ZOR) im Bonner Kriegsministerium. Bisher ist es nicht gelungen, über diese Formen hinauszukommen, obwohl unter der Regierung Kiesinger/Strauß große Anstrengungen unternommen wurden, an der Spitze des Bonner Machtapparates einen wissenschaftlichen Berafcerstab zu schaffen, der sich vor allem mit Grundfragen der gesellschaftspolitischen Entwicklung auf den wichtigsten Gebieten befassen soll.

Ideologische Apologetik im Hinblick auf das imperialistische Herrschaftssystem und das Streben nach „Rationalisierung“ und Perfektionierung der imperialistischen Machtausübung fließen zusammen in einer *dritten* Funktion: in dem Anteil, den die Politische Wissenschaft an der Ausarbeitung gesellschaftlicher Konzeptionen und politisch-sozialer Leitbilder hat. Diese Konzeptionen und Leitbilder sind geprägt von der verzerrten Reflexion der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, von dem

18 In der Satzung der Arbeitsgemeinschaft „Wissenschaft und Politik“, München, heißt es: „Zweck des Vereins ist die Förderung eines konstruktiven Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in der modernen Gesellschaft. Der Verein unterstützt die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse im politischen Leben und die Gewinnung politisch verwertbarer Ergebnisse durch die wissenschaftliche Forschung. Sein besonderes Interesse gilt der politischen Wissenschaft, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaft und der modernen Technologie“ (F. Domay, Handbuch der deutschen wissenschaftlichen Gesellschaften, Wiesbaden 1964, S. 661).

19 Frankfurter Rundschau vom 24. 8. 1968, S. 68. — Als Mitglieder dieses „Eliteclubs“ werden u. a. H. H. Koelle (Vorsitzender), H. Klages (Stellvertretender Vorsitzender), R. Jungk, H. Haber, O. K. Flechtheim genannt.

20 vgl. E.-W. Böckenförde, „Die Organisationsgewalt im Bereich der Regierung“, Schriften zum öffentlichen Recht, Bd. 18, (West-) Berlin 1964, S. 234; R. Dahrendorf, „Beiräte und Berater“, Der Volkswirt, 1968, H. 32, S. 15.